



Inhalt

Nordrhein

Contergan-Geschädigte und Ärzte im Dialog
NRW-Ärzte fordern: Ambulante Versorgung endlich gerecht finanzieren
KVNO-Medizininfo zu Diabetes mellitus

Medizin & Gesundheitswesen

Ärztelkampagne erhält Auszeichnung
Organspender dringend gesucht
Versorgung von Menschen mit Behinderung soll verbessert werden
Diabetes weltweit auf dem Vormarsch
BZgA-Aufklärungskampagne zu Masern
Studie zur Kindergesundheit
Risiken einer rezeptfreien „Pille danach“
Frist für Kassenbeitragsschuldner bis Ende Dezember

Gesetzliche Krankenversicherung

Alte Versichertenkarten weiter einsetzbar
Präventionsausgaben weiter gesunken

Tipps, Termine & Service

NRW-Impftag 2014
Aktuelle Infos zu Gastritis und Ulzera
Sicherheit bei Versandapotheken beachten
Info zu Vorsorgesuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen
KVNO-Internetseite in neuem Gewand
Serviceangebote der KV Nordrhein
Impressum

Nordrhein

Contergan-Geschädigte und Ärzte im Dialog

Das Symposium zum Thema „Contergan – Medizinische Versorgung heute“ am 16. und 17. November in Düsseldorf besuchten rund 250 Betroffene und Mediziner.

Ärzte berichteten unter anderem von modernen Verfahren in Orthopädie, Schmerztherapie, Zahnheilkunde, HNO oder Innerer Medizin, mit denen die gesundheitlichen Probleme durch die vielfältigen, von Thalidomid verursachten Schädigungen sowie Folgeerkrankungen begegnet werden kann.

Ein weiterer Themenkomplex befasste sich mit den Auswirkungen des geänderten Contergan-Stiftungsgesetzes, das zum August 2013 in Kraft getreten ist. Daneben konnten die Teilnehmer, die aus mehreren europäischen Ländern wie England, Irland, Österreich und Spanien angereist waren, in Workshops verschiedene Therapien kennenlernen.

Veranstaltet haben das Symposium der Interessenverband Contergangeschädigter Nordrhein-Westfalen, die Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein.

NRW-Ärzte fordern: Ambulante Versorgung endlich gerecht finanzieren

Die ärztlichen Körperschaften in Nordrhein-Westfalen fordern die seit Jahren anhaltende Benachteiligung der gesetzlich krankenversicherten Menschen in ihrem Bundesland zu beenden. Denn seit der Vergütungsreform im Jahre 2009 gibt es hier weniger Mittel für die ambulante Versorgung der Versicherten als in anderen Bundesländern, obwohl die Versicherten bundesweit den gleichen Beitragssatz zahlen. Das

liegt daran, dass beim bisherigen Vergütungssystem nicht das wirkliche Krankheitsaufkommen und dessen Entwicklung in der konkreten Region und der damit einhergehende medizinische Versorgungsaufwand berücksichtigt werden. Die ärztliche Selbstverwaltung hat mehrfach erfolglos versucht, dieses Problem durch Verhandlungen zu lösen. Ein zufriedenstellendes Ergebnis konnte allerdings nicht erzielt werden, da bisher eine bundesgesetzliche Grundlage fehlt, um das zentrale Anliegen der Politik in der Vergütungsreform effektiv durchzusetzen. Auch die Landesregierung in NRW kritisiert die von wissenschaftlicher Seite in einem Gutachten dokumentierte Benachteiligung und unterstützt die ärztlichen Körperschaften in ihren Forderungen.

Die Vorsitzenden des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie die Präsidenten der Ärztekammern in den beiden Landesteilen Nordrhein-Westfalens haben nun im November 2013 erstmals gemeinsam an die Bundespolitik appelliert, dieser strukturellen Benachteiligung des Landes entgegenzuwirken. ■

➔ Resolution

KVNO-Medizininfo

■ zu Diabetes mellitus

Informationen in verschiedenen Sprachen sollen die Kommunikation zwischen Arzt und Patient unterstützen und das gegenseitige Verständnis fördern.



Zu den Themen „Diabetes und Füße“ sowie „Diabetes und Augen“ gibt es nun auch Informationen auf Arabisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Türkisch. Sie stehen Interessierten als ➔ PDF-Dateien kostenlos zum Herunterladen bereit und können beispielsweise ausgedruckt im Wartezimmer ausgelegt werden. ■

Medizin & Gesundheitswesen

Ärztelkampagne erhält Auszeichnung

Die Kampagne „Wir arbeiten für Ihr Leben gern“ der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) ist bei den diesjährigen Econ Awards mit dem Prädikat „Silber“ ausgezeichnet worden.



Der Econ Award wird seit 2007 für die jahresbesten Werbemaßnahmen aus dem Bereich der Unternehmenskommunikation vergeben und zählt inzwischen zu den deutschlandweit bedeutendsten Auszeichnungen der Branche. ■


Organspender dringend gesucht

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Organspenden erneut zurückgegangen, meldete die Deutsche Stiftung Organtransplantation Mitte November. Von Januar bis Oktober dieses Jahres gab es 754 Organspenden, im Jahr 2012 waren es in diesem Zeitraum noch 892. Einen deutlichen Einbruch an Spendern gab es nachdem im Sommer 2012 der Skandal um Manipulationen bei der Organvergabe bekannt wurde. Rund 11.300 Menschen warten in Deutschland auf ein geeignetes Organ.

Auf der Warteliste der Vergabeorganisation Eurotransplant standen auch 112 Kinder unter 16 Jahren allein aus deutschen Transplantationszentren. Nach Angaben der Vergabeorganisation ➔ Eurotransplant ist die Zahl der Patienten unter 16 Jahren auf der Warteliste seit Jahren konstant.

Die bekannt gewordenen Manipulationen an Daten von Wartelistenpatienten haben das gesamte System der Organspende und Transplantation im Jahr 2012 beschädigt und zu

einem erheblichen Vertrauensverlust geführt.

Zwar befindet man sich laut  **Deutscher Stiftung Organtransplantation (DSO)** noch in einem Veränderungsprozess, aber die Weichen für eine Trendwende seien bereits gestellt. Nur durch kontinuierliche Aufklärung und Transparenz könne dem derzeitigen Rückgang der Spendermeldungen entgegen gewirkt werden.

Infotelefon Organspende

Gebührenfrei, montags bis freitags 9 – 18 Uhr
 Deutsche Stiftung Organtransplantation
 Deutschherrnufer 52
 60594 Frankfurt am Main
 Telefon 0800 90 40 400

Das Infotelefon Organspende ist ein Gemeinschaftsprojekt von BZgA und DSO.

Positiv hingegen bewertet die DSO, dass immer mehr Organspendeausweise als Entscheidungsgrundlage für die Organspende dienen. Bei dem Anteil der Zustimmungen gebe es ein deutliches Wachstum der schriftlichen Willensbekundung von 7,3 Prozent in 2010 auf 14,3 Prozent bis Oktober 2013. ■

Versorgung von Menschen mit Behinderung soll verbessert werden

Mehr als 2,5 Millionen Menschen weisen in Nordrhein-Westfalen eine andauernde gesundheitliche Beeinträchtigung beziehungsweise Behinderung auf. Rund 1,7 Millionen davon haben eine amtlich festgestellte Schwerbehinderung.

Der demographische Wandel führt zudem dazu, dass altersbedingte Funktionsbeeinträchtigungen insgesamt zunehmen. Diesen Menschen soll ein gleichberechtigter Zugang zum Gesundheitswesen gegeben werden wie ihn Personen ohne Behinderung haben.

Alle im Gesundheitswesen Tätige stehen vor der Herausforderung, mit sich mit ihren Versorgungsleistungen der besonderen Situation dieser Menschen anzupassen. Unter Leitung von Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens hat die Landesgesundheitskonferenz in Düsseldorf am 22.

November 2013 einen umfangreichen Katalog zur besseren gesundheitlichen Versorgung von Behinderten vorgestellt.

Zu den verabredeten Maßnahmen gehören unter anderem der Abbau von baulichen, sprachlichen und optischen Zugangsbarrieren, die Entwicklung von speziellen Versorgungskonzepten, die bessere Koordination sektor- oder kostenträgerübergreifender Leistungen sowie die Stärkung von Problembewusstsein und individuellen Kompetenzen. Erstmals wird eine Zusammenfassung der Verabredungen in leichter Sprache erstellt. ■

 **Entschließung der Landesgesundheitskonferenz vom 22. November 2013**

Diabetes weltweit auf dem Vormarsch


Immer mehr Menschen leiden an Diabetes. Betroffen sind nicht nur alte Menschen sondern vermehrt auch Kinder und Jugendliche. In Deutschland sind laut  **Robert Koch-Institut** bereits 7,2 Prozent der Erwachsenen im Alter von 18 bis 79 Jahren an Diabetes erkrankt.



Foto: KV Nordrhein

Anhand neuer epidemiologischer Daten eines nationalen Forscherverbunds, an dem das Deutsche Diabetes-Zentrum beteiligt ist, und der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes muss im Jahr 2030 in der Altersklasse der 55 bis 74-Jährigen von 3,9 Millionen Personen mit Typ 2 Diabetes ausgegangen werden.

Aber auch weltweit nimmt die Zahl der Diabetiker zu. Nach Angaben der  **International Diabetes Federation (IDF)** gibt es derzeit weltweit 382 Millionen Menschen mit überwiegend Typ 2 Diabetes. Schätzungen der IDF gehen davon

aus, dass die Zahl der Diabetes-Kranken weltweit von 366 Millionen in diesem Jahr auf 552 Millionen bis zum Jahr 2030 steigen wird.

Ergebnisse aus bevölkerungsbasierten Erhebungen deuten darauf hin, dass in Deutschland zudem die Zahl unentdeckter Diabetiker recht hoch ist. Ein unzureichend kontrollierter oder ein

längerfristig unentdeckter Diabetes sind mit einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nierenfunktionsstörungen, Erblindung und Fußamputationen verbunden. Diese führen zu

einer verminderten Lebensqualität und Lebenserwartung bei den Betroffenen sowie zu hohen Kosten für das Gesundheitssystem.

Zu den **➔ Risikofaktoren** einen Typ 2 Diabetes zu entwickeln, gehören vor allem Übergewicht, falsche Ernährung und Bewegungsmangel sowie eine erbliche Veranlagung. Ferner beeinflusst auch Rauchen das Diabetesrisiko. Dies gilt insbesondere für männliche Raucher.

Diabetes-Patienten profitieren von einer sogenannten strukturierten Behandlung. Im Bereich der KV Nordrhein existieren jeweils ein **➔ Disease-Management-Programm** für die strukturierte Versorgung von Typ 2 Diabetikern und eines für Typ 1 Diabetiker. Ein zentrales Ziel des DMP für Typ 2 Diabetiker ist beispielsweise eine gute Blutdruckeinstellung zur erreichen und beizubehalten. ■

BZgA-Aufklärungskampagne zu Masern

Unter dem Motto „Deutschland sucht den Impfpass“ erinnert die **➔ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)** mit Großflächenplakaten daran, den eigenen Impfstatus bei Masern zu prüfen. Die Kampagne richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene und soll die-

se motivieren, sich auf die Suche nach ihrem Impfpass zu machen. Bei den Masernerkrankungen in diesem Jahr sind knapp zwei Drittel der Betroffenen im Alter zwischen zehn und 40 Jahren. „Da Masern hoch ansteckend sind, können sie sich beispielsweise in Schulen, Universitäten, am Arbeitsplatz oder auf Großveranstaltungen sehr schnell ausbreiten. Jugendliche und Erwachsene sollten daher ihren Impfschutz gegen Masern überprüfen und Impflücken schnellstmöglich schließen“, rät Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA.

Die Zahl der Masernfälle in Deutschland ist 2013 im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft angestiegen. Bis Ende November 2013 registrierte das Berliner **➔ Robert Koch-Institut** bereits mehr als 1.700 Masernfälle – im gesamten Jahr 2012 waren es knapp 170 Erkrankungen. ■

Informationen unter: www.impfen-info.de/impfpass/

Studie zur Kindergesundheit



KiGGS
Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

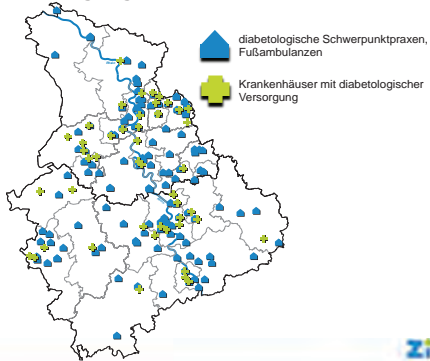
Dem Großteil der jungen Menschen in Deutschland geht es gesundheitlich gut oder sehr gut. Das zeigen erste Daten der **➔**

„Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ (KiGGS) des Robert Koch-Instituts (RKI).

Rund 94 Prozent der befragten Eltern stufen den allgemeinen Gesundheitszustand ihrer Kinder entsprechend positiv ein. Neben dem gesundheitlichen Wohlergehen gibt die Untersuchung auch Aufschluss über sportliche Betätigung, Unfallverletzungen, Impfquoten, Allergien, Ernährung, Nutzung von Bildschirmmedien sowie Alkohol- und Tabakkonsum. Die Studie, an der rund 16.000 Eltern und Heranwachsende teilgenommen haben, ist Teil des RKI-Gesundheitsmonitorings der Bevölkerung und wird regelmäßig wiederholt. ■


➔ Ergebnisse der Studie



Standorte Diabetes mellitus bezogener spezialisierter medizinischer Betreuungsangebote in Nordrhein



Altenhofen – Parlamentarischer Dialog am 28. November 2013 / www.kvno.de

Risiken einer rezeptfreien „Pille danach“

Der  **Bundesrat forderte im November 2013**, in Apotheken zukünftig die Abgabe der „Pille danach“ ohne ärztliche Verschreibung zu ermöglichen. Hiermit soll ein niedrigschwelliger und schneller Zugang – insbesondere für junge Frauen – zu Medikamenten eröffnet werden, die eine ungewollte Schwangerschaft verhindern. Die Länder hatten die Forderung bereits im Juli 2013 im Rahmen einer Entschließung erhoben. Die Vorlage geht nun an die Bundesregierung zurück. Diese muss entscheiden, ob sie die Verordnung in der vom Bundesrat vorgegebenen Form in Kraft setzt.

Das vom  **Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen** begrüßte Votum wird seitens der  **Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV)** kritisch gesehen. Im Hinblick auf die Arzneimittelsicherheit – es können thromboembolische Ereignisse bei der Medikation auftreten – sei aufgrund dieses erhöhten Risikos eine Befassung des Sachverständigenausschusses für die Verschreibungspflicht vor einer Entscheidung unbedingt erforderlich.

Auch sei fraglich, ob sich durch eine Befreiung der Notfall-

kontrazeption die Versorgungsqualität für Frauen in Deutschland verbessere. Es bestehe eher ein Risiko, dass die erreichte hohe Versorgungsqualität negativ beeinflusst werde. „Wenn eine komplette Be-

freiung des Präparates aus der Verschreibungspflicht dazu führt, dass in Deutschland mehr Frauen und insbesondere Teenager diese Form der notfallmäßigen Empfängnisregelung als Alternative zu qualifizierter ärztlicher Beratung und Begleitung verstehen, könnte sich die in diesem Bereich nachweislich besonders gute Versorgungssituation in Deutschland verschlechtern“, so die KBV.

Zudem habe durch die Befreiung der „Pille danach“ von der Rezeptpflicht das Ziel einer Senkung der Schwangerschaftsabbrüche in vielen Ländern nicht erreicht werden können.

In Großbritannien beispielsweise sei die „Pille danach“ seit zwölf Jahren rezeptfrei erhältlich. Seitdem seien die Abbruchraten um 7,7 Prozent gestiegen. ■

 **KBV-Stellungnahme**

Frist für Kassenbeitragsschuldner bis Ende Dezember

Seit dem 1. August 2013 ist das  **Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden** in der Krankenversicherung in Kraft. Durch das Gesetz werden Versicherten in bestimmten Fällen die angehäuften Beitragsschulden ermäßigt oder sogar erlassen. Der Antrag auf den Erlass von Beitragsschulden in der Krankenversicherung kann noch bis zum Jahresende eingereicht werden. Dann bekommt der Versicherte die Beitragsschulden und Säumniszuschläge erlassen.

Die Neuregelungen betreffen vor allem Personen, die sich trotz der seit dem 1. April 2007 bestehenden Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung verspätet oder noch nicht bei einer Krankenkasse gemeldet und dadurch Beitragsschulden angehäuft haben. Wer hierunter fällt, sollte sich jetzt unbedingt bei einer Krankenkasse melden. ■

Gesetzliche Krankenversicherung

Alte Versichertenkartenkarten weiter einsetzbar


Ab 1. Januar 2014 gilt für gesetzlich krankenversicherte Personen offiziell die  **elektronische Gesundheitskarte (eGK)** mit dem Foto des Versicherten. Für Patienten, die noch keine neue eGK haben, gilt erst einmal, dass sie die bisherige Karte weiter verwenden können. Diese kann in der Arztpraxis auch weiterhin normal eingelesen werden. Hierauf haben sich der KV-Spitzenverband und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) verständigt. ■



Foto: KV Nordrhein

Präventionsausgaben gesunken

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im vergangenen Jahr insgesamt weniger Geld für die Gesundheitsförderung ausgegeben. Im Jahr 2012 flossen rund 238 Millionen Euro in Maßnahmen zur Vorbeugung von Krankheiten. Im Vorjahr investierten die Krankenkassen rund 270 Millionen Euro.

Pro Versichertem gaben die Kassen 2012 im Schnitt 3,41 Euro aus. Das seien mehr als der gesetzlich vorgeschriebene Richtwert von 2,94 Euro, erklärten die Verbände. Gestärkt worden sei die Gesundheitsförderung in Betrieben, Kitas und Schulen. So gaben die Kassen vier Millionen Euro zusätzlich für Präventionsprojekte etwa zum Stressabbau am Arbeitsplatz aus als im Vorjahr. Dadurch seien Arbeitnehmer in rund 8.000 Betrieben erreicht worden.

Die neue Regierungskoalition plant, die Prävention zukünftig stärker in den Fokus zu stellen. Sie will noch 2014 ein Präventionsgesetz verabschieden. ■

Tipps, Termine & Service

NRW-Impftag 2014


Der NRW-Impftag wird zum sechsten Mal ausgerichtet und findet am 12. Februar 2014 im Tanzhaus in Düsseldorf statt.

Hauptorganisator ist das  **Landeszentrum Gesundheit NRW** unter Einbindung verschiedener Organisationen, wie auch der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein.


Zielsetzung der nächsten Veranstaltung ist es, die Motivation für das Impfen bei der Bevölkerung zu fördern. Darüber hinaus werden mögliche Ängste gegen das Impfen thematisiert sowie präventionsmedizinische Versorgung am Beispiel von Migranten dargestellt. ■

Aktuelle Infos zu Gastritis und Ulzera


Mit dem Heft 55 „Gastritis, Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre“ herausgegeben vom Robert Koch-Institut ist jetzt die Reihe der Themenhefte der „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“ fortgesetzt worden.

 **Heft bestellen** ■


Sicherheit bei Versandapotheken beachten

Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) gibt konkrete Sicherheits-Tipps für den Kauf von Arzneimitteln im Internet. Hier können Verbraucher sehen, ob der Versand seriös und vertrauenswürdig ist. Das Register wird nun durch konkrete Hinweise ergänzt, woran Verbraucher zweifelhafte Angebote leichter erkennen können.  **Sicherheits-Tipps** ■

Info zu Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) bietet ein  **Infoblatt zu Vorsorgeuntersuchungen** für Kinder und Jugendliche an. Es gibt erläutert die wichtigsten Untersuchungen im Überblick und gibt Auskunft zu den Vorteilen von präventiven Kontrollen sowie zur möglichen Kostenübernahme durch die Krankenkassen. ■

KVNO-Internetseite in neuem Gewand

Schauen Sie mal vorbei! Die Startseite des KVNO-Internetangebots ist überarbeitet worden. Sie bietet mehr Raum für aktuelle Themen und noch besseren Service für Praxen und Patienten.  **www.kvno.de** ■

Serviceangebote der KV Nordrhein

ONLINE-SUCHE

Suche im Internet nach Kassenärzten, Psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten der Region - www.kvno.de

PATIENTENINFORMATIONSDIENST

Persönliche Beratung der KV Nordrhein zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, Ärzten/Psychotherapeuten mit speziellen Qualifikationen usw.

Telefon 0800 6 22 44 88,

Mo bis Do 8 bis 17 Uhr, Fr 8 bis 13 Uhr

 patienteninformationsdienst@kvno.de

ÄRZTLICHER BEREITSCHAFTSDIENST

Medizinische Versorgung außerhalb der Sprechzeiten des behandelnden Arztes:

Mo bis Do 18 bis 8 Uhr, Mi und Fr 12 bis 8 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen rund um die Uhr.

Telefon 116 117 (kostenfrei) und 0180 5044 100 (Festnetz: 14 Cent / Minute, Mobilfunk: maximal 42 Cent / Minute),
Faxnummer für Sprach- und Hörgeschädigte:

0203 5706 444

KOOPERATIONSBERATUNG FÜR SELBSTHILFEGRUPPEN UND ÄRZTE (KOSA)

Berät Ärzte, Psychotherapeuten und Selbsthilfegruppen fachlich bei der Kooperation - hilft, praktische Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Selbsthilfegruppen zu verbessern.

Ansprechpartnerin: Stephanie Theiß

Telefon 0211 5970 8090; Fax: 0211 5970 8082

 kosa@kvno.de

GESUNDHEITSTIPPS

Im Internet unter www.kvno.de bietet die KV Nordrhein in Zusammenarbeit mit der nordrheinischen Ärzteschaft Gesundheitstipps.

DIE REDAKTION VON PRAXIS & PATIENT

WÜNSCHT IHNEN EIN

FROHES WEIHNACHTSFEST

UND

EINEN GUTEN RUTSCH INS NEUE JAHR!



■ Impressum

Herausgeber:
Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 5970 8366,
Fax: 0211 5970 8100
www.kvno.de